

Pressemitteilung 593 / 2016

02.12.2016

Marcel Braumann, Pressesprecher

Kultur

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

Neue Kritik an Gedenkstättenstiftung

Fax: 0351 - 4960384

Vereinigung Opfer der NS-Militärjustiz beendet Projektarbeit mit Gedenkstättenstiftung / Sodann: Stiftungsarbeit endlich prüfen!

Die Bundesvereinigung (BV) Opfer der NS-Militärjustiz hat ihre Mitarbeit am Ausstellungsprojekt „[Spuren des Unrechts](#)“ in Torgau, das die Stiftung Sächsische Gedenkstätten anbietet, eingestellt. Der BV-Vorsitzende Ludwig Baumann sowie Dr. Rolf Surmann, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der BV und zugleich Mitglied im Beirat der Gedenkstättenstiftung, verweisen mit Blick auf die Schwerpunktsetzung der Ausstellung auf eine „skandalöse Haltung gegenüber den Opfern der NS-Militärjustiz, deren zunächst generelle Diskriminierung nach 1945 in Sachsen offensichtlich bis auf den heutigen Tag fortexistiert“, auf „erinnerungspolitisches Versagen und mangelnde Wertschätzung der von uns repräsentierten NS-Opfer“.

Dazu erklärt **Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion:**

„Diese Entscheidung ist sehr bedauerlich, aber auch verständlich. Seit dem Ende der 1990er Jahre ringt die Bundesvereinigung darum, dass am zentralen Ort der Verbrechen der NS-Militärjustiz in Torgau würdevoll an die Opfer erinnert wird. Über fast zwei Jahrzehnte hinweg scheiterte dies an der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und an der Staatsregierung.

Laut der Bundesvereinigung sei kaum zu erwarten, dass auch nur ein einziges Opfer der NS-Militärjustiz eine ‚den historischen Tatsachen angemessene Darstellung seines Verfolgungsschicksals‘ in Torgau erleben werde. Die Geschäftsführung und der Stiftungsrat der Gedenkstättenstiftung sowie die Staatsregierung müssen dafür sorgen, dass sich diese düstere Prognose nicht bewahrheitet. Die Ausstellung muss endlich neu gestaltet werden!

Auch dieser Vorgang zeigt: Es ist dringend notwendig, die Arbeit der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten und insbesondere ihrer Geschäftsführung von außen zu bewerten. Meine Fraktion fordert das schon seit längerer Zeit ([Drs 6/4433](#)). Eine Chance, das zu tun, bietet die Stiftungsratssitzung am 12. Dezember 2016. Große Erwartungen hege ich allerdings nicht.“

Mitteilung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz:

<http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Pressemitteilungen/BVPM20161201StSG-MaEstlg.pdf>